

Bezugsgeld...
Einzelhefte...
Jahresabonnement...

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Lipsch & Reichardt in Dresden.

Lobeck & Co. | Carola-Chocolade.
Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Anzeigen-Zertif...
Annahme von Anzeigen...
Zurückzahlung...

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38-40.

Raucht PATENT STROMRUNDSTÜCK CIGARETTE
Egyptian Cigarette Company
Calro. - Berlin W. 64. - Frankfurt a. M.
Inhaber der Königlich Preussischen Staats-Medaille in Silber,
Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Ullrichs Pianinos
sind vorzüglich, dabei sehr preiswürdig.
1. Pilsnacher Strasse 1 (am Pilsnischen Platz).

REINHARDT LEOPOLD
Specialfabrik für GARTENSCHLÄUCHE
DRESDEN-A.
Lager: Westf. Poststraße Nr. 26
Ecke Reinhardt-Strasse

Tuchwaren.

Lager hochfeiner deutscher und englischer Anzug-, Hosen-, Paletot- und Westentstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten, **Damentuche, Billardtuche, Bunte Tuche.** Verkaufsstelle der vorschriftsmässigen Uniformstoffe für Kgl. Sächs. Staatsforstbeamte.

Hermann Pörschel
Scheffelstrasse 19, 21 (Kleines Kurhaus).

Für eilige Leser.

Wutvolle Witterung: Warm, Gewitterneigung.
Der Direktor des hiesigen Central-Theaters Alexander Kötter ist gestern gestorben.
Die Schaffung eines ständigen Beirats für Post- und Telegraphen Angelegenheiten für das Deutsche Reich wird an zuständiger Stelle erwogen.
Zeppelin wird in Berlin auf dem Tegeler Schießplatz landen.
In Lübeck tagt gegenwärtig der Deutsche Zentralverband für Handel und Gewerbe.
Eine große Volksversammlung in Lübeck verhängte den Boykott über alle Lokale, in denen der Bierpreis erhöht wird.
In Bremen brach in der Bremer Schiffbauwerkstatt aus, das einen Teil der Anlagen einäscherte.
Die sieben Sozialdemokraten, die in Friedrichshafen an dem Befehl beim König von Württemberg teilgenommen hatten, wurden von einem Parteigericht in Stuttgart verurteilt.
Der Kaiser von Rußland wird in der zweiten Woche des Oktober nach Konstantinopel kommen.
In Neapel geriet ein Straßenbahnwagen in Brand, wobei 3 Personen getötet und 11 schwer verletzt wurden.
Bei einem Feuer in der Cameliagrube in Realdefmonte in Mexiko wurden 20 Bergleute getötet.

Krieg oder Frieden auf dem Balkan?

Das kretische Labyrinth, das der internationalen Diplomatie soviel zu schaffen macht, hat noch keine Entwirrung gefunden. Im Gegenteil, die Verhältnisse haben sich in den letzten Tagen derart zuspitzt, daß ernstlich mit dem Ausbruch eines Krieges zwischen der Türkei und Griechenland gerechnet werden muß. Zwar mühen sich die vier Schutzmächte, eine friedliche Lösung des Problems zu finden, und sind dabei in lokalster Weise von Deutschland und Oesterreich-Ungarn unterstützt worden, aber bisher ohne Erfolg. Die Lage ist besonders dadurch erschwert, daß die Türkei in ihrer letzten Note an Griechenland, die fast einem Ultimatum gleichkommt, von diesem eine förmliche und endgültige Verzichtleistung auf Kreta verlangt. Das ist eine harte Forderung, und Griechenland dürfte aus den verschiedensten Gründen geneigt sein, ihr zu willfahren. Das Athener Kabinett beruft sich zur Motivierung seiner Weigerung vor allem darauf, daß die Schutzmächte selber die Berechtigung der griechischen Ansprüche auf Kreta anerkannt hätten. In der Tat verknüpfen enge Bande historischer und nationaler Art das Balkanreich mit der Insel, und unter diesen Umständen einen feierlichen Verzicht von Griechenland zu verlangen, wie es die Türkei tut, bedeutet ohne Frage eine denkbar schroffe Zumutung. Die Türkei hätte, wenn sie ehrlich und ernstlich den Frieden will, jedenfalls besser daran getan, sich mit der bedingungslosen Anerkennung ihrer Souveränität über Kreta zu begnügen. Griechenland ist gewillt, diese anzuerkennen, und zeigt sich auch sonst zu großem Entgegenkommen bereit. Aber die Regierung in Konstantinopel scheint nicht mehr Herr der Situation zu sein, scheint den kriegerischen Gelüsten der türkischen Nationalisten in Volk und Heer keinen wirksamen Widerstand mehr entgegensetzen zu können. Hierin liegt das bedenklichste Symptom der jetzigen Balkankrise! Werden die Mächte imstande sein, den Ausbruch der Kriegsstimmung im Osmanenreiche noch in zwölfster Stunde zu bannen? Wenn, wie zu erwarten steht, Griechenland die Forderung eines Verzichtes auf Kreta ablehnt, so hat die Türkei, wenn sie will, den casus belli. Die Vermutung liegt leider nahe, daß man in Konstantinopel auf den Kriegsfall hinarbeitet; sonst wäre es wenigstens nicht zu verstehen, daß man türkischerseits bezüglich Kretas auf Garantien besteht, deren Gewährung nicht nur von Griechenland, sondern auch von den vier Schutzmächten verweigert wird. An der ungeschicklichen Haltung der letzteren erkennt man deutlich, daß sie sich durch ihre früheren Halben und ganzen Versprechungen in der Kretafrage Griechenland gegenüber moralisch gebunden fühlen, andererseits aber auch die Türkei nicht vor den Kopf stoßen wollen. Wie wir an dieser Stelle des öfteren vorausgesagt, haben sich die Schutzmächte mit ihrer unklaren und zwiespältigen Kretapolitik zwischen zwei Stühle gesetzt, und wenn wirklich ein Krieg zwischen Griechenland und der

Türkei ausbrechen sollte, kommt ein großer Teil der Schuld auf ihr Konto. Unter diesen Umständen ist es sehr begreiflich, daß Deutschland und Oesterreich keine Zuhörer haben, sich an der Vermittlungs-Aktion zwischen Athen und Konstantinopel zu beteiligen. England, Frankreich, Rußland und Italien mögen selber zusehen, wie sie mit Aufwand die Suppe austöffeln, die sie sich selber eingebracht haben.
Die ganze jetzige Kriegsspannung im nahen Orient, die in dem schon fast vollzogenen Aufmarsch der türkischen Truppen an der griechischen Grenze ihren markanten äußeren Ausdruck findet, hätte vermieden werden können, wenn die Schutzmächte nicht Ende vorigen Monats ihre Landtruppen vorzeitig aus Kreta zurückgezogen hätten. Sie sind von den verschiedensten Seiten vor diesem bedenklichen Schritt gewarnt worden, doch vergeblich. Was war die Folge? Die unruhigen Kreter, von der wohlthuenden Oberaufsicht befreit, hielten sofort wieder die griechische Flagge zum Zeichen dafür, daß sie auf ihrer Vereinigung mit Griechenland nach wie vor bestanden. Ihnen genügt die Autonomie ihrer Insel unter türkischer Oberhoheit nicht, sie wollten mehr. Diesen Hochmuthornen ist es immer gleich gewesen, ob sie mit ihrem Vorgehen die Türken brüskierten und dadurch die Griechen der Gefahr eines kriegerischen Zusammenstoßes aussetzten. Um so mehr hätten es sich die Mächte dreimal überlegen sollen, ehe sie ihre Truppenkontingente von der Insel zurückzogen und so neuen Wirren indirekt Vorschub leisteten. Welche geheimen Beweggründe hinter der selbstsam Bandlungsweise der Schutzmächte steckten, als sie die zwölf Jahre hindurch besetzte Insel räumten, wird wohl erst eine spätere Zeit enthüllen. So viel steht aber schon jetzt fest, daß England auch hier seine Hand im Spiele gehabt hat. Es hat von jeher kein Augenmerk auf die kretische Endbahn gerichtet, deren Weich für die britische Machtstellung im Mitteländischen Meere allerdings von ebenso großer strategischer Bedeutung wäre, wie etwa Gibraltar, Malta und Cypern. Wie England sich die Lösung der Kreta-Frage in seinem Interesse drückt, das ist von Londoner Blättern offen ausgesprochen worden. So lesen wir kürzlich die „Daily News“ durchblicken, daß die englischen Politiker eventuell geneigt wären, das Protektorat über die türkische Insel Cypern anzuhängen und sie wieder an die Türkei zurückzugeben, falls man sich in Konstantinopel entschließen würde, Kreta den Griechen zu überlassen. Aber! Es ist klar, daß es sich hierbei nicht um eine Ungelegenheit Albions handelt, sondern um die sehr egoistische Erwägung, daß Griechenland eher geneigt sein würde, die wichtige Endbahn den Engländern als neuen Stützpunkt im Mittelmeer anzuliefern, als die Türkei. Man hat aber allgemach in London erkannt, daß diese Trauben vorläufig noch zu hoch hängen, und sucht jetzt krampfhaft die hochgehenden Wellen der Erregung zwischen Griechenland und der Türkei zu glätten, weil im Falle eines Krieges für England doch nichts zu holen wäre. So steht zurzeit alles auf dem alten Fleck und damit die Komik nicht fehle, werden die Schutzmächte ein internationales Geschwader vor Kreta versammeln, das wieder ein hartes Truppenkontingent auf Kreta landen soll, um die bodenigen Kreter mit Gewalt zum Niederlegen der griechischen Flagge zu zwingen. Damit wäre man glücklich im circulus vitiosus auf dem Status angelangt, der vor dem 27. Juli d. S. vor der Entfernung der internationalen Besatzung auf der Insel behanden hat. Es ist schwer, auf eine derartige Politik der Arrangen und Wirrungen keine Satire zu schreiben; die vier Schutzmächte haben sich jedenfalls unter englisch-französischer Führung gründlich blamiert.
Was nun auf Kreta selbst vor sich gehen wird, ist schließlich Nebensache. Es rumort zwar bestig unter der Bevölkerung; sie will sich der Niederholung der griechischen Flagge mit Gewalt widersetzen. Die Mahnungen der Regierung fruchten nicht viel, auch nicht die Erklärung der Schutzmächte, daß Kreta sogar der bisherigen Autonomie verlustig gehen würde, wenn es sich den Befehlen der Mächte nicht fügte. Es kann leicht zu blutigen Zusammenstößen kommen, doch würde selbst in diesem Falle die allgemeine Lage nicht verwickelter werden, weil auch die Türkei anerkennt, daß es ausschließlich Sache der Mächte ist, sich mit den Kretern und ihrer Flaggenhissung auseinanderzusetzen. Nur schade, daß es zu dieser Klagenhissung und damit zur Herausforderung der Türkei durch die Kreter überhaupt erst kommen durfte, denn gerade hiervon haben die neuen Schwierigkeiten ihren Ausgangspunkt genommen. Kleine Ursachen, große Wirkungen! Der kritische

Punkt der Lage hat sich aber im Laufe der Entwicklung völlig weg von der Insel verdrängt und liegt jetzt, wie bereits oben dargelegt, in der Spannung zwischen Griechenland und der Türkei. Schon die nächsten Tage müssen über die schwerwiegende Frage entschieden werden: Wird Griechenland auf dem Balkan? Wenn man genau vorher wüßte, daß ein Kriegsbrand losbricht, wäre das aber nicht der Fall! Es könnte man im Interesse einer definitiven Regelung der Kreta-Frage fast wünschen, daß es zu einer reinlichen Scheidung käme, denn das Ruhebedürfnis Europas verlangt allgemach achterisch, ein internationales Problem aus der Welt geschafft zu sehen, das nun schon jahrelang die Mächte beschäftigt und beunruhigt. Wird jetzt wieder nur ein lautes Kompromiß erreicht, so sind wir nicht einen Schritt vorwärts gekommen, weil eben die Lösung des großen kretischen Fragezeichens bloß vertagt, aber nicht erledigt wäre: Neue Verwicklungen könnten jederzeit ausbrechen. Trotzdem muß der Wunsch nach einer friedlichen Erledigung die Oberhand behalten, weil bei den scharfen internationalen Gegensätzen, die sich unter den europäischen Mächten entwickelt haben, die Gefahr eines allgemeinen Kriegsbrandes bei einem Zusammenstoß zwischen der Türkei und Griechenland nicht als völlig ausgeschlossen gelten kann. Deshalb ist es zu billigen, wenn unsere deutsche Diplomatie bei aller gebotenen Reserve in Orientangelegenheiten, die uns nicht unmittelbar interessieren, ihre Stimme zugunsten des Friedens sowohl in Konstantinopel wie in Athen mit Nachdruck geltend gemacht hat. Hoffentlich mit Erfolg...

Berlin. (Priv.-Tel.) In den Ausführungen des griechischen Gesandten in Berlin über die Kreta-Frage, die in der Sonnabendnummer eines Berliner Blattes wiedergegeben sind, bemerkt ein inaktiver deutscher Diplomat, der als Autorität in Orientfragen gilt, dem „Neuen Pol. Tagesdienst“: Es ist das unbetrittene Reich und die selbstverständliche Pflicht eines diplomatischen Vertreters, mit der Presse des Landes Zählung zu halten, um die öffentliche Meinung im Sinne der Politik seiner Regierung aufzuklären. Und von diesem Recht macht heute die Diplomatie einen weiteren Gebrauch als früher, weil man dem Ausdruck der öffentlichen Meinung jetzt eine größere Bedeutung beimißt. Trotzdem aber glaube ich mich in Uebereinstimmung mit der überwiegenden Zahl meiner Brüder und Kollegen zu befinden, wenn ich die Ansicht ausspreche, daß jene Ausführungen des griechischen Diplomaten als eine anerkennende, mit bisherigem Gebrauch schwer zu vereinbarende Ausdehnung anzusehen ist; denn sie geht über den Rahmen einer Aufklärung hinaus und enthält schwere Anschuldigungen gegen die Regierung einer dem Deutschen Reich befreundeten Nation. Dabei ist nicht zu übersehen, daß das Ereignis selbst, das jene Ausführungen veranlaßte, die zweite türkische Note, fernerlet Anlaß zu so ungewöhnlich scharfen Worten bot. Denn wenn der Vertreter der Regierung in Athen über diese Note Verworfungen äußerte und sie einer Kritik unterzog, dann mußte sie ihm ja, wenn auch nicht im Wortlaut, so doch dem Sinne nach genau bekannt sein, und er mußte daher wissen, daß der Inhalt der Note tatsächlich weder als eine „direkte Provokation“ noch als die „denkbar schroffste Zumutung für Griechenland“ angesehen werden kann. Solche Worte veranlassen aber selbst eine Irrführung der öffentlichen Meinung, die dem Gesandten selbstverständlich völlig ferngelegen hat, die aber, wenn sie Platz greift, einer friedlichen Beilegung politischer Gegensätze stets nur hinderlich ist. Es kommt hinzu, daß die kretischen Schutzmächte mit diplomatischen und sehr realen Mitteln die Lösung der Kreta-Frage in einer Weise in die Hand genommen haben, die Griechenland der Notwendigkeit zu einem so lauten Appell an die moralische Verpflichtung der Mächte überhebt. Gerade der gemäßigste Wortlaut der türkischen Note darf heute als eine Gewähr für den ernstlichen Willen der Regierung in Konstantinopel gelten, einen Ausbruch des Streites mit den Waffen zu verhindern.

Neueste Drahtmeldungen

vom 16. August.

Zum Rücktritt des Kriegsministers v. Einem.
Berlin. (Priv.-Tel.) In einem Teile der Presse war die Vermutung geäußert worden, der Rücktritt des Kriegsministers v. Einem hänge mit seiner Rede im Reichstage zusammen, in der er sich entschieden dagegen wandte, daß konfessionelle Rücksichten geeignete Kandidaten an der Beförderung zum Reichsoberbefehlshaber hindern sollten. Die „Voss. Ztg.“ erzählt aus zuverlässiger Quelle demgegenüber, daß sich der Kaiser mit der Haltung des Kriegsministers v. Einem in dieser Frage vollkommen einverstanden erklärt und sich sehr nachdrücklich dagegen ausgesprochen hat, daß andere Rücksichten als die der militärischen Tüchtigkeit, insbesondere solche konfessioneller Natur, bei der Beförderung entscheidend sein sollen.